

# Avanti 2

Theoriebeilage  
100 Jahre  
Surrealismus  
von  
Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

# FÜR UNSERE RECHTE STREITEN



## INHALT

## TITEL

- 01 FÜR UNSERE RECHTE STREITEN**  
Demokratie ist mehr ...

## EDITORIAL / INHALT / KURZ &amp; KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**  
Kurz & knapp?

## SEITE DREI

- 03 FÜR UNSERE RECHTE STREITEN**  
Demokratie ist mehr ...

## MENSCHENRECHTE

- 04 MENSCHENRECHTE IN GEFAHR**  
Aktion in Mannheim?

## POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

- 05 5. BUNDESKOMFERENZ DER ISO**  
Was so alles auf uns zukommt

## MEINUNGSFREIHEIT

- 08 GRETA „UNERWÜNSCHT“**  
Eine „ausgewiesene Antisemitin“?

## EDITORIAL

*Liebe Leserinnen und Leser,*

für das neue Jahr wünschen wir Euch beste Gesundheit, ungebrochenen Kampfesmut und viel Zuversicht – trotz alledem!

In der Nummer 125 von *Avanti*<sup>2</sup> befassen wir uns unter anderem mit der Kritik am Parlamentarismus, dem Geschehen bei VW, dem größten deutschen Autokonzern, und mit der Frauenfeindlichkeit der AfD.

Wir berichten über die Mannheimer Aktion zum Tag der Menschenrechte, Greta Thunbergs Redebeiträge am 6. Dezember 2024 zu den Kriegsverbrechen im Nahen Osten und den Protest gegen den § 218.

In der Beilage erinnert Helmut Dahmer an 100 Jahre Surrealismus, eine Künstlerbewegung, die „die Welt verändern, das Leben ändern, die Verständigung unter den Menschen neu begründen“ wollte.

Wir hoffen sehr, dass diese und die anderen Themen in der Januar-Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup> auf Euer Interesse stoßen.

*Eure Redaktion*

*Titelbild: Torblockade bei Alstom Mannheim, 16. April 2014.  
(Bildbearbeitung eines Fotos des BR Alstom: Avanti<sup>2</sup>.)*

## INHALT

## FASCHISTISCHE ALPTRÄUME

- 09 DAS FRAUENBILD DER AFD**  
Emanzipation als Zielscheibe

## FRAUENRECHTE

- 10 DEMO GEGEN §218**  
Aufschwung der Frauenbewegung?

## ARBEITSWELT

- 11 KRATZER IM LACK**  
„Sozialpartnerschaft“ bei VW

## RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 OHNE MOOS NIX LOS**  
800.000 Euro für die NPA?

## 12 TERMINE

## THEORIEBEILAGE

- 01 100 JAHRE SURREALISMUS**  
Gegen das Vergessen

## Geld als Macht- und Schmiermittel

R. S. / M. G.

**V**ermögende genießen gerne die Vorteile der BRD. Nur bezahlen wollen sie dafür nicht.

Eine Armee von Beratern kümmert sich für sie um Steuervermeidung. Das ist dank der Steuerpolitik der jeweiligen Bundesregierungen ein leichtes Spiel.

Bezeichnenderweise wird die seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer bis heute nicht erhoben, obwohl Art. 106 GG diese vorsieht.

Auch der riesige Steuerklauf im Umfang von rund 40 Mrd. Euro durch Cum-Cum und Cum-Ex bleibt bis heute weitgehend vertuscht.

Die Vermögensungleichheit hierzulande ist extremer als in den meisten anderen Industrieländern, ohne dass dies massiv angegriffen wird.

(Quellen: finanzwende.de, FR, 30.11.24.) ■

K  
U  
R  
Z  
&  
K  
N  
A  
P  
P

## EDHS – „Europäischer Gesundheitsdatenraum“

R. S.

**D**er Ungar Olivér Várhelyi wurde im November 2024 als EU-Gesundheitskommissar bestätigt. Er hat von Gesundheit keine Ahnung und arbeitet als Gefolgsmann von Orbán an der Ausplünderung der EU.

Im EHDS werden alle national gesammelten elektronischen Gesundheitsdaten gespeichert, also aus Deutschland alle Daten der elektronischen Patientenakte (ePA).

Für Várhelyi sind „Biotechnologie, künstliche Intelligenz und die Daten aus dem EHDS von strategischer Bedeutung“.

Damit will er „Investoren“ für eine Forschung gewinnen, die den Weg aus dem Labor in die Fabrik und auf den Markt noch profitabler macht.

Was passiert dabei mit unseren Gesundheitsdaten?

(Quelle: FR, 7.12.2024) ■



# Für unsere Rechte streiten

## Demokratie ist mehr als Parlamentarismus

U. D.

**Nach dem Ampel-Aus am 6. November und der Vertrauensfrage von Kanzler Scholz am 16. Dezember 2024 ist klar, dass am 23. Februar 2025 der Deutsche Bundestag neu gewählt wird.**

**A**ngesichts der tiefen kapitalistischen Krise und dem politischen Rechtsruck muss nach der Wahl mit einer verschärften nationalistisch-neoliberalen Politik im Interesse der Unternehmen und der Reichen gerechnet werden.

### Die Zeichen stehen auf Sturm

Wieder einmal vernichten profitable Konzerne zehntausende Arbeitsplätze. Sie „bauen“ sich um, digitalisieren, rationalisieren, schließen komplette Werke und verlagern die Produktion an billigere Standorte, um Menschen und Natur noch intensiver auszubeuten. Gleichzeitig verstärken sie ihre Angriffe auf Belegschaften, Vertrauensleute und Betriebsräte.

Statt konsequente Gegenwehr zu organisieren, kommen die Gewerkschaftsführungen den Unternehmen sozialpartnerschaftlich entgegen, regeln „sozialverträglich“ Personalabbau und akzeptieren Kaufkraftverlust.

### Genug ist nicht genug

Immer drängender fordern „Wirtschaft“ und Reiche günstigere „Rahmenbedingungen“, niedrigere Energiekosten, geringere Steuern, flexiblere Arbeit und weniger „Bürokratie“. Für Arbeitende, Arbeitslose und Rentner:innen und Bezieher:innen von Sozialleistungen fordern sie genau das Gegenteil: Verschlechterungen und härtere Regeln. Unterstützt werden sie dabei – trotz aller Unterschiede – von allen Parlamentsparteien mit der Ausnahme von Teilen der Linkspartei.

Ex-Minister Lindner hat mit seinem Papier „Wirtschaftswende Deutschland“ nicht nur die Ampel ausgeschaltet. Er hat die „Wünsche“ des Kapitals übernommen und ungeschminkt die aktuellen Ziele neoliberaler Politik formuliert: Auf der einen Seite die Verschlechterung von Bürgergeld und Rente, Sozialabbau, flexiblere Arbeitszeiten und Abschottung gegen Fliehende. Auf der anderen Seite niedrigere Steuern und „bessere“ Profitmöglichkeiten für Unternehmen und Reiche.

### Mehr Milei und mehr Musk?

Lindner will mehr Milei und Musk. Milei und Musk vertreten die rücksichtslose Zerschlagung und Privatisierung staatlicher Dienste und drastischen Sozialabbau. Beide bekämpfen aggressiv Gewerkschaften und wollen im Interesse der Reichen sämtliche Profithemmnisse beseitigen. Beide vertreten ein reaktionäres Gesellschaftsmodell und Menschenbild. Und zu alle dem ruft Musk jetzt auch zur Wahl der AfD auf.

Wer mehr Milei und Musk will, will eine ultraharte neoliberale Politik gegenüber der gesamten arbeitenden Klasse durchsetzen. Genau dies droht vor allem, aber nicht nur, mit einer Kanzlerschaft von Merz. Merz ist neoliberal, unternehmens- und profitorientiert. Darüber hinaus ist er Alltagsrassist, steht für Aufrüstung, hat ein reaktionäres Frauenbild und will weniger Klimaschutz. Gemeinsam mit Söder greift er nicht nur die Hetze der AfD auf, sondern verstärkt bewusst den gesellschaftlichen Rechtsruck.

### Kein Vertrauen in das Parlament ...

1928 dichtete der Satiriker Kurt Tucholsky: „Ob die Funktionäre ganz und gar verrotten – is ja ganz eja! Ob der schöne Rudi den Ministerposten endlich kriegt – (das wird nicht billig kosten): is ja ganz eja! Dein Geschick, Deutschland, machen Industrien, Banken und die Schiffahrtskompanien – welch ein Bumstheater ist die Wahl!“

Dennoch sind uns Wahlen und das Parlament nicht egal. Erstens bieten sie die Möglichkeit, politische Ziele zu verbreiten. Zweitens muss verhindert werden, dass Faschisten Wahlen gewinnen und den parlamentarischen Machtapparat übernehmen können, um so den Staat in eine autoritäre Diktatur umzubauen.

Aber eine antikapitalistische, ökologische, emanzipatorische und basis- und rätedemokratische Veränderung kann mit Wahlen oder parlamentarischen Mitteln nicht durchgesetzt werden. Dazu ist der gesamte parlamentarische Apparat mit seinen Ausschüssen und seiner Ministerialbüro-

kratie viel zu tief in den bürgerlich-kapitalistischen Staat integriert. Er ist darauf ausgerichtet, die kapitalistische Profitwirtschaft aufrecht zu erhalten. Und nicht zuletzt nehmen Konzerne, Investmentfonds und Milliardäre massiv Einfluss auf Politik und Gesetzgebung.

### ... sondern in die eigene Kraft

Eine Politik im Interesse der arbeitenden Klasse muss unter anderem Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau, Wohnungsnot, Klimazerstörung, Aufrüstung, Rassismus, Faschismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit bekämpfen sowie für Frauenrechte und die universellen Grund- und Menschenrechte eintreten.

Eine solche Politik kann nur mit Selbstorganisation und eigenständigen, außerparlamentarischen Kämpfen durchgesetzt werden. Nur so kann die Kapitalmacht auf betrieblicher und politischer Ebene erfolgreich bekämpft werden. Nur so wird es gelingen, den politischen Rechtsruck umzukehren. Nur so können parlamentarische Mehrheiten verändert und Entscheidungen beeinflusst werden. Nur so lässt sich letztendlich wieder eine kämpferische und attraktive Linke aufbauen. ■



Grafik: D. R.

Bearbeitung und Foto: Avanti².

# Tag der Menschenrechte Kriegsdienstverweigerer schützen!

H. S.

Am 10. Dezember 2024, dem Tag der Menschenrechte, fanden in Mannheim auf den Planken und am Hauptbahnhof zwei Kundgebungen des Friedensbündnisses Mannheim statt. Sie hatten das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung zum Thema. Sowohl in den Kundgebungsansprachen als auch in einem Flugblatt, das Aktive an die Mannheimer Bevölkerung verteilten, wurde auf die aktuellen Kriege in vielen Ländern hingewiesen.

**D**urch diese wurden und werden das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung massiv eingeschränkt.

## Die wahren Helden unserer Zeit

In dem Flugblatt heißt es: „In all diesen Ländern gibt es aber auch Menschen, die sich dem Krieg verweigern, die sich aktiv für Frieden einsetzen und Widerstand gegen Militarisation und Krieg leisten. Soldat:innen an der Front wollen angesichts des Grauens ihre Waffen niederlegen. Sie wollen keine anderen Menschen töten und auch nicht in einem Krieg sterben. Sie sind die wahren Held:innen unserer Zeit. Ihnen allen drohen dafür Repression und Gefängnisstrafen.“

Als besonderer Skandal wird benannt, dass vor allem russischen Kriegsdienstverweigerern in Deutschland in der Regel kein Asyl gewährt wird. Ihnen droht deshalb die Abschiebung nach Russland, ob-

wohl sie ihre Beteiligung an dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine ablehnen.

Aber auch Geflüchtete aus der Ukraine sind hierzulande nicht (mehr) sicher. Deutsche Politiker fordern, männliche Geflüchtete wieder in ihr Herkunftsland zurückzuschicken, da der ukrainische Staat Soldaten braucht.

Die Nichtgewährung politischen Asyls für die russischen Kriegsdienstverweigerer macht deutlich, dass dieses Menschenrecht der politischen Beliebtheit bzw. dem politischen Kalkül preisgegeben wird. Die Behauptung insbesondere der deutschen Regierung, für die Einhaltung der Menschenrechte zu kämpfen, ist zynisch und verlogen.

## Asyl für Kriegsdienstverweigerer!

Die Verweigerung des Asyls insbesondere für russische Kriegsdienstverweigerer war das Thema des Hauptredners der Kundge-

bung am Hauptbahnhof.

Rudi Friedrich, Geschäftsführer von Connection e.V., forderte die aktuelle und eine zukünftige Bundesregierung dazu auf, aus Russland geflohenen Militärdienstpflichtigen Asyl zu gewähren.

Etwa 5.400 russische Männer im Alter zwischen 18 und 45 Jahren haben seit Februar 2022 in Deutschland Asylanträge gestellt. Nur 6,3 % der bisher ca. 3.300 Entscheidungen sind allerdings positiv ausgefallen, obwohl das Bundesinnenministerium (BMI) im Mai 2022 zugesagt hatte, Desertereuren aus Russland in der Regel Schutz zu gewähren.

Diese Zusage des BMI sollte allerdings nicht für diejenigen gelten, die sich der Rekrutierung entzogen haben. Diese werden abgelehnt. Das BMI hatte darauf verwiesen, dass eine Einberufung in den Krieg „nicht beachtlich wahrscheinlich“ sei.

## Unterstützung statt Abschiebung

Durch diese Entscheidung droht den Betroffenen die Abschiebung nach Russland, Strafen wegen Desertion und schließlich der Einsatz in einem Angriffskrieg. Damit wird den Kriegsherren in Russland das „Menschenmaterial“ für den Angriffskrieg zur Verfügung gestellt, und es wird das Völkerrecht unterlaufen. Das ist skandalös.

Mit Liedern wurden die Kundgebungen musikalisch umrahmt.

Besondere Aufmerksamkeit fand die Verlesung des Friedensmanifests „Dann gibt es nur eins! Sag Nein!“ des Schriftstellers Wolfgang Borchert. Klaus Woiditschka vom Friedensbündnis trug es in beeindruckender Weise vor.

Die Aktion endete mit der Forderung an die Politik, das Menschenrecht auf Asyl zu respektieren und allen Kriegsflüchtlingen, Kriegsdienstverweiger:innen und Kriegsgegner:innen Schutz und Asyl zu gewähren. ■



Kundgebung am Tag der Menschenrechte in Mannheim, 10. Dezember 2024.

Foto: H. S.



# Politische Herausforderungen, vor denen wir stehen

## Resolution der 5. Bundeskonferenz der ISO \*

Seit der letzten Bundeskonferenz der ISO vor zwei Jahren erleben wir eine massive Verschärfung der Angriffe auf abhängig Beschäftigte und auf die demokratischen und Menschenrechte, zunehmende Gewalt nach innen und außen sowie eine Zunahme des gesellschaftlichen Verfalls und der Krise der politischen Institutionen.

Folgende Entwicklungen seien besonders hervorgehoben:

► Der Krieg in und um die Ukraine hat in Deutschland – auch bedingt durch die plötzliche Unterbrechung der preiswerten Zufuhr russischen Erdgases – einen Energieschock und einen sprunghaften Anstieg der Inflation ausgelöst. Und es wurde eine außenpolitische Wende herbeigeführt. Durch den russischen Angriffskrieg wurde eine Kriegsstimmung gegen Russland hervorgerufen, infolge deren eine zunehmende Militarisierung auf Kosten der Gesellschaft durchgedrückt werden konnte. Die Abhängigkeit von russischem Gas wurde durch die deutlich teurere Abhängigkeit von amerikanischem Flüssiggas ersetzt, Lieferketten wurden auf Grund der Sanktionen unterbrochen. In Kombination mit einer Überproduktionskrise und den Folgen der profitgetriebenen Transformation wichtiger Produktionsprozesse hat eine Rezession eingesetzt.

► Zum Krieg in der Ukraine ist der Genozid Israels an den Palästinenser:innen in Gaza und die Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland hinzugekommen; zudem weitete Israel den Krieg derzeit auf den Libanon aus.

Die bedrohliche Eskalation beider Kriege findet vor dem Hintergrund der US-Aggression gegen China und dem Wettlauf zwischen zwei ungleichen imperialistischen Blöcken um die Kontrolle der Ressourcen und der Handelswege statt. Die innerkapitalistischen und innerimperialistischen Widersprüche entladen sich zunehmend in regionalen und Stellvertreterkriegen, die das Potential haben, einen dritten Weltkrieg auszulösen, sowie in einer beispiellosen Militarisierung. Es gibt gegenwärtig 59 Kriege in allen Teilen der Welt mit Mil-



Ostermarsch in Mannheim, 30. März 2024.

Foto: Helmut Roos.

lionen ziviler Opfer; der Anteil von Kriegen zwischen Staaten hat zugenommen. Dabei mischen immer imperialistische Staaten durch Waffenlieferungen und politische Einflussnahme mit. Wir sind in eine neue Epoche von Kriegen um eine Neuaufteilung der Welt eingetreten.

► Die Bedrohung durch den Krieg hat das Gefühl der Bedrohung durch die Zerstörung des Klimas in den Hintergrund gedrängt. Tatsächlich macht sich die Zerstörung des Klimas aber immer deutlicher bemerkbar. Die Unzulänglichkeit bürgerlicher Klimapolitik und letztlich ihr Unwille und ihre strukturelle Unfähigkeit, auf eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise umzuschalten, werden immer offensichtlicher. Selbst einfache, wirkungsvolle Klimamaßnahmen werden entweder ignoriert oder sogar zurückgedrängt. Hier gibt es ein wahres Rollback. Wesentli-

che Kippunkte der Klimazerstörung sind bereits erreicht. Dabei sind die Kriege aktuell die schlimmste Form der Klima- und Naturzerstörung. Und die Kampagne für eine Renaissance der Atomkraft nimmt an Fahrt auf.

► Diese Tendenzen werden durch den Wahlsieg von Trump in den USA massiv verschärft werden. Seine Administration setzt sich aus Milliardären, Gewerkschaftsfeinden und Kriegstreibern zusammen. Die hinter ihm stehende extrem rechte Heritage Foundation hat ein Programm (nicht nur) für seine Präsidentschaft entworfen, das sich in folgenden Punkten zusammenfassen lässt:

1. eine radikale Wende in der Handelspolitik in Richtung mehr Protektionismus, unter anderem durch die Errichtung höherer Zollschränken und anderer Handelshemmnisse;



2. massiver Druck u. a. auf Deutschland, verstärkt die Rolle als Hilfspolizist des US-Imperialismus zu spielen – und dafür auch die Schuldenbremse auszusetzen;

3. institutioneller Um- bzw. Abbau der US-Administration im Interesse von Großkonzernen wie dem Musk-Imperium; Abbau von großen Teilen des öffentlichen Dienstes durch Privatisierung;

4. Ausbau der fossilen Energie und die Abwendung von den Klimazielen im Interesse der Öl-, Kohle- und Gaskonzerne;

5. Verfolgung einer extrem reaktionären, rassistischen, sexistischen, kultur- und wissenschaftsfeindlichen Agenda, die von evangelikalischen Kreisen bestimmt wird;

6. die systematische Verfolgung der propalästinensischen Bewegung und ihrer Unterstützer (dieses „Projekt Esther“ ist Teil des Projekts 2025);

7. der geplante Einsatz des Militärs zur inländischen Strafverfolgung.

### Kapital und Arbeit in Deutschland

► Die Krise in der Automobil- und der Autozulieferindustrie bedroht Hunderttausende von Arbeitsplätzen und viele Ausbildungsplätze. Sie hat viele Gründe: insbesondere die zunehmende Konkurrenz mit China und den rückläufigen Absatz von E-Autos. Dabei handelt es sich nicht um eine Profitkrise, die Gewinne belaufen sich jeweils auf zweistellige Milliardenbeträge, die Aktionäre wollen schlicht die Rendite verdoppeln. Der Umstieg auf E-

Autos – der sowieso keine ökologische Lösung ist – bleibt aber auch stecken, weil die meisten Autokonzerne nicht bereit sind, in das weniger profitable Massengeschäft einzusteigen und die Ausgaben für eine geeignete flächendeckende Infrastruktur scheuen; der Staat übernimmt sie allerdings auch nicht. Gleichzeitig wird der öffentliche Verkehr, zumal auf der Schiene, nicht nur vernachlässigt, sondern in verschiedenen Bereichen sogar weiter abgebaut.

► Die Konversion der Autoindustrie zu einer allgemeinen Mobilitätsindustrie, die die Hardware für die Verkehrswende herstellt, wird kaum in Betracht gezogen; stattdessen steigen Unternehmen aus dem Autosektor in die Rüstungsproduktion ein, wo hohe, quasi staatlich garantierte Profite winken – und das mit Unterstützung von Teilen der IG Metall.

► Auf die verschärfte weltweite Konkurrenz reagieren die Konzerne vor allem in der Auto- und der chemischen Industrie trotz weiterer Milliardenprofite mit der Kündigung langjähriger Betriebsvereinbarungen zur Beschäftigungssicherung, mit der Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer und mit der Drohung, Standorte zu schließen bzw. extrem zu schrumpfen.

Die Angriffe auf gewählte Interessenvertretungen in den Betrieben und die Behinderungen von Gewerkschaftsarbeit nimmt Ausmaße an, die im Nachkriegsdeutschland bislang unbekannt waren. Tesla, ein Unternehmen, das versucht, gewerk-

schaftsfrei zu werden und vor der Kündigung von Betriebsratsmitgliedern nicht zurückschreckt, wird vielen Unternehmern zum Vorbild. Sie kündigen die „Sozialpartnerschaft“ auf.

► In Deutschland haben die Gewerkschaftsführungen auf solche Angriffe vielfach keine Antworten; sie reagieren defensiv, bieten keinen überzeugenden politischen Ausweg aus der Krise der kapitalistischen Produktionsweise, weil sie sich weigern, ein politisches Mandat konsequenter gewerkschaftlicher Gegenmacht wahrzunehmen. Damit überlassen sie das Feld der extremen Rechten, die gegen die Energiewende hetzt und gesellschaftlichen Unmut auf die Migrant:innen umleitet. Leider funktioniert das auch im Betrieb.

Damit tragen Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen selber zu ihrer Schwächung bei. Antworten auf die Kriegsgefahr, die Klimakrise wie auch auf die notwendige Transformation industrieller Produktionslinien können nicht nur betrieblich und schon gar nicht auf dem Wege des Co-Managements gefunden und gegeben werden.

► Staatlicher Interventionismus beschränkt sich, wie schon in der Finanzkrise 2008 und während der Pandemie, auf die Subventionierung der großen Industrie. Die öffentliche Infrastruktur wird weiter entweder privatisiert oder vernachlässigt, die Davensvorsorge funktioniert nicht mehr – das gilt nicht nur für die Deutsche Bahn, es betrifft genauso das Gesundheitswesen, die Kultur, die Schulen, den öffentlichen Nahverkehr, selbst die öffentliche Verwaltung ... Vereinen, die anstelle des Staates wichtige öffentliche Aufgaben erledigen, wird die finanzielle Unterstützung gekürzt, der Bezug von Bürgergeld wieder sanktionsbewehrt, Asylsuchende mit dem Entzug von Bargeld schikaniert. Die große Koalition für den Abbau der sozialen Funktionen des Staates und den Ausbau seiner repressiven Funktionen reicht von Rechtsaußen bis zu den Grünen und der SPD.

► Die kapitalistische Gesellschaft, ihre Produktionsweise wie ihre Institutionen, haben einen Grad an Krisenhaftigkeit erreicht, der nur noch als Systemkrise bezeichnet werden kann und gegen den einzelne Reformmaßnahmen wie der Green New Deal nichts ausrichten können.

Mit seinem passgenau auf maßgebliche Kapitalinteressen abgestimmten „Wirtschaftswendepapier“ hat FDP-Chef Lindner bewusst den Bruch der Ampelregierung



Solifest in der Neckarstadt, 14. Juli 2018.

Foto: Avanti?.



herbeigeführt. Erneut sollte die „Schuldenbremse“ als Hebel angesetzt werden, um besondere finanzielle Belastungen auf die Haushalte für die Daseinsvorsorge abzuwälzen und bei Sozialem und Infrastruktur noch mehr zu kürzen sowie dringende ökologische Investitionen auszubremsen. Die „Schuldenbremse“ ist ein großes Hindernis auf dem Weg zu sozial-ökologischen Reformen.

Jetzt steht der zweite Akt der sogenannten Zeitenwende bevor – mit Merz als Kanzler. Eine weitere Rechtsverschiebung auf Regierungsebene ist zu erwarten.

## Die Rechtswende

► Die vielfältigen Krisen, mit denen die Gesellschaft konfrontiert ist, befördern das Bewusstsein, dass es so nicht weitergehen darf. Unter diesen Bedingungen wird in Ermangelung starker und selbstbewusster Strukturen der Selbstorganisation und einer glaubwürdigen linken Partei mit Massenunterstützung der Ruf nach einer starken autoritären Führung laut, nach jemandem, der oder die durchgreift und den „Laden in Ordnung bringt“.

► Das ist die Stunde der AfD. Sie wird an der Unfähigkeit der bürgerlichen Mitte groß, noch einen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern, und treibt diese Mitte vor sich her. Sie betreibt Politik mit der Angst, konstruiert rassistische Sündenböcke und spielt die Rolle einer Partei, die sich „das traut, was die anderen Parteien noch nicht wagen“. Die AfD hat kaum ein eigenes Programm; sie radikalisiert die egoistischen Tendenzen in der Gesellschaft bis hin zur Gewalttätigkeit, ihr Antrieb ist Zerstörung und Entsolidarisierung. Migrant:innen, die Schwächsten der Gesellschaft, werden als Sündenböcke ausgeguckt.

► Die Krise verschärft die soziale Ungleichheit und damit auch die Angriffe auf schwächere Gruppen der Gesellschaft. Den durch den Abbau des Sozialstaats beförderten Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts bekommen verstärkt Frauen und queere Menschen zu spüren. Die statistisch erfassten Fälle von Gewalt gegen Frauen, insbesondere häuslicher Gewalt, nehmen zu. Auch politisch ist eine Auseinanderentwicklung zwischen den Geschlechtern zu verzeichnen: Junge Männer sind zunehmend anfällig für rechte Parolen, junge Frauen hingegen engagieren sich stärker für fortschrittliche Themen. Die extreme Rechte – bis hinein in konservative Krise – nutzt diese Entwicklung für Angriffe gegen jede



Demo gegen AfD-Parteitag in Essen, 29. Juni 2024.

Foto: Privat.

Position einer selbstbestimmten und anti-patriarchalen Sexualität.

Die Hetze gegen Migrant:innen, aber auch gegen Bezieher:innen von Bürgergeld nimmt einen offen menschenverachtenden Ton an. Rassismus und soziale Ausgrenzung gehen Hand in Hand, das wird besonders deutlich beim staatlich und gesellschaftlich verleugneten Antiziganismus. ► Die angeblich rebellischen Attacken der AfD gegen das politische Establishment dienen ihr dazu, bestehende demokratische Strukturen zu schwächen, damit die Partei ihr autoritäres Programm leichter durchsetzen kann.

Die bürgerlichen Parteien setzen der AfD nichts entgegen, im Gegenteil, sie hetzen selbst und befeuern den Rassismus. Damit wächst die Saat, die sie selbst ausgesät haben. Sie stimmen nicht nur in die Hetze gegen Migrantinnen und Migranten ein, sie machen sich zu Vorreitern der Abschiebepaxis. Sie schaffen selbst ein zunehmend reaktionäres und autoritäres Klima, indem sie eine Staatsräson dekretieren, gegen die kein Widerspruch geduldet wird. Maulkörbe und Gesinnungsterror, lang überwunden geglaubt, sind wieder an der Tagesordnung.

► Die politischen Institutionen der parlamentarischen Demokratie und der bürgerliche Rechtsstaat sind keine stabile Schranke gegen die autoritären Tendenzen. Sie brechen ein, wie wir im Thüringer Landtag erleben konnten. Die demokratische Fassade ist rein formal. Diese Demokratie kann mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden. Das weiß die AfD – und wir wissen

es auch.

Deshalb verteidigen wir umfassende demokratische und soziale Rechte, aber wir verteidigen nicht die Verfasstheit der bürgerlichen Demokratie. Gegen rechts hilft nur links.

► Linke wie auch Gewerkschaften haben keine wirksame und glaubhafte Strategie zur Bekämpfung dieser Entwicklung. Infolgedessen zerlegt sich die Linke.

► Auch die Partei Die Linke steckt in einer Existenzkrise, deren Ausgang allerdings offen ist. Dennoch bleibt sie mit rund 55.000 Mitgliedern die einzige linke Kraft, die bundesweit bekannt und aktionsfähig ist. Die Linke steht in wichtigen Fragen gegen die vorherrschende Mehrheitsströmung: Bereicherung durch Ausbeutung, Spaltung durch Rassismus, Militarisierung und Kriegsvorbereitung.

\* [Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen am 1. Dezember 2024 von der 5. Bundeskonferenz der ISO angenommen.] ■





# Greta Thunberg als „unerwünschte Person“ Eine „ausgewiesene Antisemitin“ in Mannheim?

K. O.

**Am 6. Dezember 2024 sprach Greta Thunberg bei der von Zaytouna Rhein-Neckar organisierten Veranstaltung „Internationale Solidarität mit Palästina und der Klima-Bewegung“.**

**R**und 1.000 Menschen waren auf den Mannheimer Marktplatz gekommen, um ihr und anderen Redner:innen zuzuhören. Begleitet war der Auftritt der Initiatorin der Fridays for Future von einer massiven Hetzkampagne diverser Medien und prozionistischer Kräfte. Greta wurde getreu der deutschen „Staatsräson“ wegen ihrer israelkritischen Haltung als „Antisemitin“ diffamiert. Wir dokumentieren deshalb im Folgenden zentrale, aus dem Englischen übersetzte Passagen ihrer Podiumsbeiträge.\*

*„Es bereitet mir wirklich Bauchschmerzen, wenn es sogenannte Klimaaktivist:innen gibt, die vorgeben, sich um die Menschenrechte zu kümmern, während sie den Völkermord in Palästina und das Leid, von dem das palästinensische Volk seit Jahrzehnten betroffen ist, aktiv ignorieren. Es ist purer Rassismus zu glauben, dass man das Leid einiger Menschen ignorieren und vorgeben kann, für andere zu kämpfen.*

*Ich kann nur für mich selbst sprechen, aber ich bin eine Klimaaktivistin, weil ich mich um das Wohlergehen der Menschen, [...] weil ich mich um den Planeten und die Menschen kümmere. Darauf läuft es hinaus. Ob es die Klimakrise ist, die Umweltzerstörung, die Kriege, die Unterdrückung, die Apartheid, die Besatzung, der Völkermord, die Ungleichheit. Was auch immer die Ursache für menschliches Leid ist, wir alle haben die Pflicht, aktiv gegen diese Entwicklung zu kämpfen.*

*Es ist dasselbe System, das die Menschen zum Beispiel im Kongo, im Sudan und in Palästina unterdrückt, dasselbe extraktive, extrem rassistische, ausbeuterische System, das auch das Klima und die Biosphäre ruiniert. Wenn wir also über das Klima reden, [...] müssen wir auch über die anderen Kämpfe sprechen, sonst sind wir nur Aktivist:innen, die vorgeben, sich um irgendetwas zu kümmern, ohne tatsächlich das zu tun, was wir predigen. [...]*

*Ich meine, erstens ist es empörend, dass wir überhaupt klarstellen müssen, dass der Staat Israel in keiner Weise das jüdische Volk*

*repräsentiert. Und dass Kritik am israelischen Staat, der verantwortlich ist für Apartheid, Besatzung und Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ständige Verletzung des Völkerrechts, in keiner Weise Hass gegen das jüdische Volk ist.*

*Es ist äußerst beunruhigend und besorgniserregend, dass jeder, der sich gegen den Staat Israel ausspricht und sagt, dieser sollte den Völkermord stoppen und aufhören, Zivilisten und Kinder zu bombardieren, des Antisemitismus beschuldigt wird. Das ist alles nur eine Verwässerung des Begriffs Antisemitismus. Antisemitismus ist ein sehr ernstes Problem [...]. Aber wenn man das Trauma und das Leid einer Minderheit ausnutzt, um einen anderen Völkermord zu legitimieren, dann fehlen mir die Worte. [...] Ich kann nicht in Worte fassen, wie herzzerreißend und entsetzlich das ist, und das hat so viele verschiedene Ebenen.*

*Nur um ein persönliches Beispiel zu nennen: Seit ich fünfzehn Jahre alt bin, werde ich jeden Tag von zahllosen Hasskampagnen und Drohungen heimgesucht. Das ist also nichts Neues. Aber genau dieselben Leute, die mich, weil ich Gerechtigkeit und Freiheit für Palästina fordere, eine Antisemitin nennen, haben in den letzten sechs Jahren Leute verachtet, die behaupteten, ich würde von einer jüdischen Elite kontrolliert, was reiner Antisemitismus war.*

*Dies ist nur eines der vielen Beispiele dafür, wie sie das Narrativ benutzen und kapern, wie sie es kidnappen, so dass es ihnen nützt. [...] Es ist also ein sehr, sehr strategischer Weg für sie, dies zu tun, [...] sieht einfach die Fakten und konzentriert Euch weiterhin auf die Wissenschaft. Und wer will mir sagen, dass die Tatsache, dass es ein Völkermord ist und dass wir Gerechtigkeit für alle benötigen, keine Tatsache ist?*

*Alle internationalen glaubwürdigen Organisationen, die UNO, der Internationale Strafgerichtshof [IStGH], [...] alle sagen, dass dies ein Völkermord ist, dass es Apartheid ist, dass es eine Besatzung ist und damit gegen internationales Recht verstößt [...], und glaubt mir, die UNO ist die am wenigsten radikale Organisation der Welt.*

*Wenn wir nicht einmal auf das hören können, was sie sagen, was sind dann die Fakten, auf die wir hören sollten, wenn der IStGH Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und andere ausgestellt hat? [...] Deutschland ist eines der Länder, die nicht sagen, ob sie ihn verhaften werden, wenn er hierherkommt, und das obwohl Deutschland ein Mitglied des internationalen Strafgerichtshofs ist. So verletzt man die grundlegenden Prinzipien, auf denen das internationale Recht aufbaut, um weiterhin einen Völkermord zu begehen und seine Machtposition zu erhalten und dieses extrem rassistische Business as usual fortzusetzen, bei dem unzählige palästinensische Leben geopfert werden. Es ist empörend. Uns allen gehen die Worte aus, um zu beschreiben, was derzeit passiert, ich kann nicht darüber sprechen, ohne Schimpfwörter zu benutzen [...]*



Greta Thunberg in Mannheim, 6. Dezember 2024.

Foto: Helmut Roos.

\* [Übersetzung einer Aufzeichnung aus dem Englischen und redaktionelle Bearbeitung U. D. und H. N.]



# Das Frauenbild der AfD

## Frauenemanzipation als Zielscheibe

N. B.

**Die AfD wurde im vergangenen Jahr stärkste bzw. zweitstärkste Partei in mehreren Bundesländern. Die Prognosen für die Bundestagswahl zeichnen ein ähnliches Bild.**

**G**leichzeitig gab es in den letzten zwei Jahren einen massiven Anstieg von Femiziden – von Tötungen an Frauen, weil sie Frauen sind. Ein Zusammenhang wie der von Storch und Baby? Wohl kaum. Vielmehr zeigt sich darin besonders deutlich die Gefahr, die von rechten und faschistischen Parteien für das Wohl und Leben von Frauen ausgeht.

### Männlichkeit und Weiblichkeit

In der Ideologie der AfD hat der Mann das Recht an der Frau. Sogenannte Incels (involuntary celibate men, unfreiwillig im Zölibat lebende Männer) sind nur die Spitze des Eisbergs eines frauenhassenden Männlichkeitsbildes.

Incels inszenieren sich als Opfer der Frauenemanzipation, diverser Geschlechtsidentitäten und sexueller Orientierungen. Daraus entwickeln sie ihren (lebens-)gefährlichen Hass auf Frauen, aus dem sie auch das Recht auf körperliche Gewalt ableiten.

Eng verknüpft ist ihr Frauenhass mit der Hetze gegen Migranten und queere Personen, von denen Männer der rechten Szene ihren Zugang zu Frauen bedroht sehen.

Dass Frauen gleiche Rechte haben könnten, kommt ihnen nicht in den Sinn, da die Selbstbestimmung der Frau in ihrem Weltbild nicht existiert. Denn emanzipierte, selbstbestimmte Frauen bedrohen ihren männlichen Machtanspruch. Gesellschaftliche Privilegien sind für sie keine historisch gewachsene Ungerechtigkeit, sondern Naturgesetze, die nicht angetastet werden dürfen.

### Geschlechterrollen im Fokus

Aus einer solchen Einstellung leitet sich auch ab, wieso tradierte Geschlechterrollen für Rechte und Faschisten eine so zentrale Rolle spielen. Den Hintergrund der massiven Hetze gegen emanzipierten Feminismus und geschlechtliche sowie sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und queeren Personen bildet die Sorge um den Verlust der männlichen Vorherrschaft.

Tradierte Geschlechterrollen zur Unterdrückung der Frau bilden eine Klammer, die verschiedenste konservative und rechte Strömungen von erzkatholischen sowie evangelikalen Christen über die neue Rechte bis hin zu klassischen Faschisten zusammenbringt. Auch daraus leitet sich die strategische Bedeutung sowie die besondere Gefahr ihrer Frauenverachtung ab.

Konkret äußert diese sich im Wahlprogramm der AfD darin, dass sie das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche noch weiter als bisher einschränken will. Die Frau soll weder über ihren Körper noch über ihre Lebensumstände entscheiden können, sondern in Abhängigkeit vom Mann ihrer zugewiesenen Geschlechterrolle nachkommen: als Hausfrau und mehrfach gebärende Mutter. Schon eine Patchwork-Familie gilt als Ausdruck einer gescheiterten „normalen“ Familie.

Gerade in diesem Kontext bedeutet das von der AfD propagierte massive Kürzen von Sozialleistungen die Prekarisierung

weiblicher Lebensumstände: Wer als Hausfrau kein eigenes Einkommen hat und keine oder nur geringe finanzielle Unterstützung erhält, ist umso abhängiger von dem männlichen „Alleinversorger“. Dieses Abhängigkeitsverhältnis ist fast schon ein Freifahrtschein für Gewalt in der „Partnerschaft“ und Ehe.

### Spitzenkandidatin Weidel

Weidel fokussiert sich auf die Migrationspolitik, also auf die Hetze gegen Migrant:innen und Personen, die von der AfD als solche definiert werden. Sie propagiert jedoch auch ein traditionelles Familienmodell, dem ihre eigene Lebensweise zu widersprechen scheint.

Dies kann in ihrem Fall jedoch ein privates Thema bleiben, da sie nicht von staatlicher Unterstützung für ihre Familie abhängig ist. Unterstützung, die die AfD in dem Maße ausbauen möchte, in dem sie deutsche, wohlhabende, heterosexuelle Eltern mit eigenen Kindern und einer „Vollzeitmutter“ fördern. Familien, die diesem Bild nicht entsprechen, hätten unter der AfD nichts zu lachen und erst recht nichts zu erwarten.

Wir dürfen uns daher nicht täuschen lassen von Geschlecht und sexueller Orientierung der Spitzenkandidatin der AfD. Beides bewahrt sie nicht vor der Durchsetzung einer menschenverachtenden, faschistischen Politik. Im Gegenteil: Die AfD scheint sie für so geeignet für diese Aufgabe zu halten, dass sie über Widersprüche bereitwillig hinwegsieht.

Vor der Bundestagswahl müssen wir daher immer wieder thematisieren und davor warnen, welche existenzielle Gefahr von der AfD für all diejenigen von uns ausgeht, die ihrer völkisch-tradierten „Normalität“ nicht entsprechen. Wir müssen alles daransetzen, das weitere Erstarken der AfD zu verhindern! ■



Demo gegen § 218 in Karlsruhe, 7. Dezember 2024.

Foto: Privat.

# Demo gegen § 218 in Karlsruhe Abtreibung legalisieren – jetzt!

W. F.

Das breite, von mehr als 100 Organisationen unterstützte Bündnis „Abtreibung legalisieren – jetzt“ hatte zu zwei Demonstrationen am 7. Dezember 2024 aufgerufen: in Berlin als Regierungssitz und in Karlsruhe als Sitz des Bundesverfassungsgerichtes (BVG). Das BVG hatte 1993 die vom Bundestag mit knapper Mehrheit beschlossene Fristenregelung einkassiert.

Nachdem die Ampel-Regierung die versprochene Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs verschleppt hatte und erst 2023 eine „Expertenkommission“ einsetzte, kam im Mai 2024 Bewegung in die festgefahrene Lage.

## Der aktuelle Hintergrund

Die Kommission schlug eine befristete Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs vor. Die Zwangsberatung, bei der ungewollt schwangere Frauen ihre Notlage begründen müssen, sollte entfallen. Sie sollte durch eine freiwillige Beratung ersetzt werden, ebenso sollte die Frist von drei Tagen zwischen Beratung und Abbruch entfallen.

Die Rahmenbedingungen, z. B. die dann mögliche Kostenübernahme der Abtreibung im Sozialgesetzbuch (SGB), sollten im „Schwangerschaftskonfliktgesetz“ geregelt werden, statt wie bisher im Strafgesetzbuch. Der § 218 sollte entsprechend verändert werden.

Eine Petition des „Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung“ wurde von 100.000 Personen unterzeichnet, die anknüpfend an den Kommissionsvorschlägen die ersatzlose Streichung des § 218 forderten.

Das am 5. Dezember 2024 in den Bundestag von 327 Abgeordneten der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, Linken und SSW eingebrachte und vom BSW unterstützte Gesetz war im Vergleich

zum Kommissionsvorschlag verschlechtert worden: So sollte es z. B. bei der für die Frauen demütigenden Zwangsberatung bleiben.

Ziel dieses Manövers war es, Abgeordnete der CDU/CSU und der FDP zur Zustimmung zu bewegen, um die notwendige Mehrheit zu erreichen. Doch weit gefehlt: Die Redner:innen von Union und FDP lehnten den Entwurf vehement ab. Am 18. Dezember blockierten dann CDU/CSU und FDP seine Weiterbehandlung im Rechtsausschuss.

## Druck auf ungewollt Schwangere

Die Lage ungewollt schwangerer Frauen hat sich weiter massiv verschlechtert. Das belegen folgende Fakten:

- Die Zahl der gemeldeten Arztpraxen und Kliniken, die Abbrüche vornehmen (Liste der Bundesärztekammer) ist stark zurückgegangen. In unserer Region sieht es düster aus: Karlsruhe 2, Mannheim 1, Heidelberg 0.
- Rechte Lebensschützer bedrohten Frauen beim Besuch von Beratungsstellen, Arztpraxen und Kliniken.
- Der § 218 ist auch eine zutiefst soziale Frage: Denn reiche Frauen konnten es sich schon immer leisten, im Ausland abzutreiben.

Während sich an der Demonstration in Berlin ca. 4.000 Menschen beteiligten, waren es bei dem zeitgleichen Protestmarsch in Karlsruhe rund 3.000 Teilnehmer:innen. Letztere kamen – trotz Regenwetters – aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und NRW. Von den Gewerkschaften war leider nur ver.di mit Wortbeiträgen präsent.

In vielen kämpferischen Reden wurde klar gesagt, dass das Ziel die ersatzlose Streichung des § 218 bleiben muss und der im Bundestag eingebrachte Gesetzentwurf die Lage der ungewollt schwangeren Frauen nur teilweise verbessern würde.

Christina Zacharias vom Klinikum Karlsruhe betonte die Solidarität der in den Kliniken Beschäftigten mit den Forderungen.

Die Demonstration zog zum Bundesverfassungsgericht, wo unter anderem die bekannte Frauenärztin Dr. Kristina Hänel sprach. Danach zog die Demo zurück zum Auftaktplatz, wo die Abschlusskundgebung stattfand.

Der außerparlamentarische Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 und das Recht der Frau auf Selbstbestimmung muss weiter verstärkt werden. Die Aussichten dafür sind nicht so schlecht: Nach einer repräsentativen Befragung des Bundesfamilienministeriums sind 75 % für eine Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und unterstützen auch die Verankerung des Rechts auf Abtreibung in der Verfassung wie in Frankreich. ■



Demo gegen § 218 in Karlsruhe, 7. Dezember 2024.

Foto: Privat.



# Volkswagen AG: Kratzer im Lack Aber kein Ende der „Sozialpartnerschaft“

H. N.

Im September 2024 rief VW-Boss Blume die Krise des zweitgrößten Autobauers der Welt aus und verkündete ein brutales Kahlschlagprogramm. Seitdem hängt bei der Volkswagen AG, einer ganz besonderen Hochburg der deutschen „Sozialpartnerschaft“, der Haussegen schief.

**R**und vier Mrd. Euro wollte der Vorstand vor allem bei der Belegschaft „einsparen“. Wenige Monate nachdem VW eine Rekord-Dividende an die Aktionär:innen ausgeschüttet hatte, kündigte die Firma das bis 2029 geltende Abkommen zur Beschäftigungssicherung.

Fakt ist: VW steht weiterhin an der Spitze des deutschen Aktienindex DAX bei der Dividendenrendite. 2021 bis 2023 waren „die gewinnstärksten Jahre aller Zeiten“. Auch 2024 sprudeln die Profite, so dass VW über 80 Mrd. Euro Gewinn für die Jahre 2021 bis 2024 verbuchen wird.

Daniela Cavallo, Vorsitzende des VW-Konzernbetriebsrats, berichtete am 28.10.24 auf einer Belegschaftsversammlung über die „Giftliste“ des Managements. Dieses wolle zehntausende Arbeitsplätze abbauen und mindestens drei der neun deutschen Fabriken schließen. Außerdem fordere es Lohnkürzungen von bis zu 18 %.

Die Abbaupläne des Konzerns stießen zwar auf heftigen verbalen Protest der für VW zuständigen Gewerkschaft IG Metall (IGM). Aber gleichzeitig appellierte IGM-Bezirksleiter Gröger an die VW-Führung, *gemeinsam* mit der Belegschaft die „Herausforderungen“ zu bewältigen.

IGM und Konzernbetriebsrat legten einen eigenen „Zukunftsplan“ vor, mit dem sie die angedrohten Einschnitte möglichst vermeiden wollten. Demzufolge sollte die geforderte Lohnerhöhung „befristet als Arbeitszeit in einen solidarischen Zukunftsfonds eingebracht werden“.

Die IGM wollte „Personalabbau weiterhin sozialverträglich“ gestalten und zusätzliches Geld durch Verzicht auf „Boni – von Vorstand über Management bis in den Tarif – für Zukunftssicherung“ aufbringen.

Zudem sollten durch eine „kluge Produktverteilung“ die *Stammbelegschaften* in allen deutschen Standorten abgesichert und Werkschließungen vermieden werden. Die IGM bezifferte das Kürzungspotenzial ihrer Vorschläge bei den „Arbeitskosten“ auf 1,5 Mrd. Euro. Im Gegenzug forderte

sie vor allem eine neue Beschäftigungssicherung bei VW.

## Anpassung oder Widerstand?

Dieses frühe Einlenken auf die Kahlschlagpläne von VW passt in die strategische Orientierung der IGM-Führung. Sie hat sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr von ihrem Selbstverständnis als kämpferische Gegenmacht im Kapitalismus zu einem aktiven Co-Manager der neoliberalen Transformation der Arbeitswelt in der BRD gewandelt.

Obwohl allein in der Auto- und der Zulieferindustrie rund 300.000 Arbeitsplätze bedroht sind, entschied sich der IGM-Vorstand, in der Tarifrunde 2024 für die gesamte deutsche Metall- und Elektroindustrie (M + E) keine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu stellen. Stattdessen forderte er vor allem mehr Lohn, akzeptierte aber einen schnellen Abschluss mit einer Erhöhung der Tarifentgelte um nur etwa 2 %. Faktisch unterhöhle die IGM-Führung damit auch die bundesweite Solidarität mit den Beschäftigten bei VW.

Am 1.12.24 endete dort nämlich die gesetzlich vorgeschriebene *Friedenspflicht* im Konflikt um einen neuen *Haustarifvertrag* für rund 120.000 Beschäftigte in der AG. Die IGM konnte erst danach bei VW zu Warnstreiks für ihre mit M + E identische Forderung von 7 % aufrufen. Am 2.12. und am 9.12. zählte die IGM jeweils rund 100.000 Streikende.

Während der am 16.12. begonnenen fünften Verhandlungsrunde bei VW organisierte der IGM-Apparat jedoch keine neuen Warnstreiks – und sendete damit ein weiteres Signal seiner Bereitschaft für Zugeständnisse.

Am 20.12.24 kam eine Einigung zustande. *Mitbestimmen!* (die Zeitung des VW-Betriebsrats) titelte: „Beschäftigungssicherung bis Ende 2030 – Keine Werkschließungen – Monatsentgelte bleiben – weniger Boni“. Bei genauerem Hinschauen auf den sehr komplexen Haustarifvertrag ist

aber sehr viel Essig im Wein zu erkennen.

Zwar verzichtet VW auf Werkschließungen, allerdings ist die Zukunft der kleineren Fabriken in Osnabrück und Dresden derzeit nur bis Mitte 2027 bzw. Ende 2025 gesichert. Die Verlängerung der „Beschäftigungssicherung“ bis Ende 2030 müssen die Belegschaften mit dem „sozialvertraglichen“ Abbau von 35.000 Arbeitsplätzen bezahlen – ohne betriebsbedingte Kündigungen. Zudem wurden spürbare Lohn einbußen sowie eine Arbeitszeitverlängerung von ein bis zwei Stunden pro Woche vereinbart.

In Summe rechnet VW jetzt mit mittelfristigen „Kostensenkungen“ von 15 Mrd. Euro pro Jahr. Die Senkung der Löhne und der Kapazitätsabbau sollen dabei etwa 4 Mrd. pro Jahr ausmachen. Die Kapitalseite wird das sehr freuen, zumal sie ein zentrales Vorhaben durchgesetzt hat.

Angesichts dieser erneuten Anpassung der IGM-Spitze an Profitinteressen, sind die gewerkschaftlich Aktiven noch mehr gefordert, eine kämpferische, gesellschafts-, klima- und verkehrspolitisch begründete Alternative zur toxischen Illusion der „Sozialpartnerschaft“ aufzuzeigen. Arbeitszeitverkürzungen, Urabstimmungen und Erzwingungsstreiks dürfen kein Tabu mehr sein. Angesagt ist gemeinsamer solidarischer Widerstand gegen den Klassenkampf von oben und die faschistische Gefahr. Nur so kann gewerkschaftliche Gegenmacht wieder stärker werden. ■



IGM-Kundgebung in Ludwigsburg, 19. April 2013.

## Für ein Zentrum der NPA und der kämpferischen Linken!

K. O. / R. N.

**Unsere Genoss:innen der NPA haben eine Spendenkampagne gestartet. Sie wollen bis Anfang 2025 800.000 Euro sammeln. Damit soll ein Zentrum der NPA und der kämpferischen Linken geschaffen werden.**

In dem zu erwerbenden größeren Gebäude wird es Raum für politische Aktivitäten auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene geben. Neben den hier schon angesiedelten Redaktionen der NPA-Medien sowie ihrer Druckerei Rotographie sollen dort nun auch das Büro der IV. Internationale und die Buchhandlung La Breche unterkommen.

Der Kauf und die Renovierung des Bauwerks in Montreuil werden nicht nur das Zentrum unserer Schwesterorganisation stärken. Es soll auch sozialen Bewegungen offenstehen – für Treffen und Veranstaltungen in den entsprechenden Räumlichkeiten. Natürlich wird Rotographie auch weiterhin Materialien von anderen Organisationen drucken und der neue Buchladen zu offenen Dialogen einladen.

Unterstützung für das Vorhaben kommt unter anderem von der Schriftstellerin Annie Ernaux und dem Regisseur Ken Loach.

Eure Unterstützung dieser Kampagne hilft, den Kampf gegen den zerstörerischen Kapitalismus und für einen ökologischen und demokratischen Sozialismus zu stärken.

Bitte spricht uns an, wenn Ihr mehr wissen und die Spendenkampagne unterstützen wollt.

Infos: <https://souscription.npa2009.org/>



Filmabend zur Unterstützung der NPA-Kampagne in Montreuil, 12. Dezember 2024.

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 10.01.2025, 21:30 Uhr, Busabfahrt zum Protest gegen den AfD-Parteitag in Riesa, Tickets bei „Priskas Unverpackt“ und im „Unverpacktladen Grünkern“, MA
- DO, 23.01.2025, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee, Rhein-Neckar, Gewerkschaftshaus, IGM-Konferenzraum, Hans-Böckler-Str. 1, MA
- FR, 24.01.2025, 19:00 Uhr, Infoabend der ISO Rhein-Neckar zu aktuellem Thema, MA



Impressum:  
ISO Rhein-Neckar  
VlSP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim  
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)

Netz: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)  
Facebook: [www.facebook.com/iso.4.rn](https://www.facebook.com/iso.4.rn)  
Instagram: [www.instagram.com/isorheinneckar](https://www.instagram.com/isorheinneckar)

